

Sächsische Angelegenheiten.

Das Lebensalter in Sachsen steigt.

Die Länge des Lebens wird bestimmt durch einen Komplex von Erscheinungen: Gesundheit, Lebenskraft, Lebensweise, Einkommen, Erbsitzbedingungen der Eltern, Ernährung der Kinder in den ersten Lebensjahren, Hygiene des heranwachsenden und seine eigenen Erbsitz- und Arbeitsbedingungen. Sieht man ab von den unberechenbaren seelischen Einwirkungen auf Gesundheit und Lebenskraft, so steht fest, daß die Fortschritte auf hygienischem, sozialpolitischem Gebiete, vor allem auf dem Gebiete der Forderung der sozialen Erbsitzbedingungen entscheidend mitwirken bei der Verlängerung der Lebensdauer.

Unter diesem Gesichtswinkel gesehen, zeigt eine Betrachtung des Alters der in Sachsen von 1903 bis 1908 Verstorbenen eine allgemeine Hebung des Kulturstands. Von je 100 Gestorbenen waren unter einem Jahre 42,33 im Jahre 1903, im Jahre 1908 aber nur deren Zahl auf 35,24 gesunken. Noch immer ist ja die Zahl der Kinder, die das erste Lebensjahr nicht überleben, erschreckend groß, aber sie hat ihre größten Schreden verloren, weil der Weg gewiesen ist, auf dem diese Gefahr überwunden werden kann. Gerade das Industrie- und Gewerbegebiet, das in besonders dafür geeigneten Industrieen immer größere Scharen weiblicher Arbeitskräfte, also die Mütter der kommenden Generationen, braucht, hat besondere Gründe, seine Gewerbe-Inspektionen auszubauen, rücksichtslos Revisionen vorzunehmen, Gewerbe-Inspektorinnen reichlich anzustellen, um Leben und Gesundheit künftiger Mütter zu schützen und damit das Lebensalter kommender Generationen zu heben. Wenn trotz der Mangelhaftigkeit jener staatlichen Einrichtung die Kindersterblichkeit im ersten Lebensjahre so bedeutend gesunken ist (auch in dem ersten bis sechsten Jahre starben von je 100 Gestorbenen 2,28 im Jahre 1903, aber nur 7,80 im Jahre 1908), so tragen — neben der allgemeinen Aufklärung, die vor allem die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Presse im „roten“ Sachsen den Massen übermitteln hat — die Erfolge der Gewerkschaften daran das Hauptverdienst, die die Verkürzung der Arbeitszeiten, bessere Löhne und hygienische Arbeitsbedingungen und damit Verminderung der Kindersterblichkeit und Erhöhung des Lebensalters erlieferten.

Für die Schulmänner, aber auch für die Eltern schulpflichtiger Kinder regt doch die Tatsache zum Denken an, daß die Zahl der in den ersten Schuljahren gestorbenen Kinder demnach um das Doppelte gestiegen ist. Während nämlich im Jahre 1903 von je 100 Gestorbenen 1,30 auf Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren fielen, stieg diese Zahl auf 2,25 im Jahre 1908. Nun zählt das Statistische Jahrbuch für das Königreich Sachsen, dem wir das Zahlenmaterial entnehmen, seit dem Jahre 1906 in dieser Rubrik die 5 Jahre alten Kinder mit. Da aber vor dem Jahre 1906 die Zahl der im Alter von 6 bis 10 Jahren Gestorbenen gesunken ist, bleibt also die erste Steigerung bestehen, daß in den ersten Schuljahren die Kindersterblichkeit erschreckend gestiegen ist. Wenn etwas die schlechte Vernehmung der Schulärzte als zwingend erweist, kann diese Tatsache.

Auch die Altersklassen 10 bis 20 und 20 bis 30 scheinen kritische Jahre zu sein. In der ersten Klasse stieg die Zahl der Gestorbenen von 2,63 auf 2,84 pro 100 in den Jahren 1903 bis 1908 Gestorbenen, in der zweitgenannten Klasse von 4,42 auf 4,49. Alle anderen Altersklassen aber zeigen eine Erhöhung der Lebensdauer:

Table with 3 columns: Alter der Gestorbenen, Von je 100 Gestorbenen fanden im vorhergehenden Alter im Jahre, 1903, 1908. Rows include age groups like 30 bis 40, 40 bis 50, etc.

Die diese Tabelle zeigt, ist die Steigerung des Lebensalters am verhältnismäßig höchsten in den Lebensalterklassen von 60 bis 80 Jahren.

Welchen Anteil an diesen Väterlebensden die Arbeiterklasse hat, ist aus diesen Zahlen ja nicht festzustellen. Bekannt ist, daß der Beruf der Arbeiter die beste Garantie gibt, das höchste Alter zu erreichen. Sicher aber ist, daß in demselben Maße, als es den Gewerkschaften gelingt, das Erbsitzniveau der Arbeiter zu heben, das Lebensalter des Volkes steigt. Aber also die Gewerkschaften bekämpfen, sei es Unternehmer, sei es Staat, der räumt dem Volke Jahre seines Lebens. Der Kampf der Arbeiterklasse um die Aufwärtsentwicklung der Arbeiterklasse ist ja im höchsten Sinne ein Kampf um das Leben des Volkes.

Der nationalliberale Arbeitersekretär und Stadtverordnete Theodor Hugo Wunzel

In Leipzig wurde am Dienstag wegen Mißbrauchs eines öffentlichen Amtes zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung wurde wegen Besorgnis der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit hinter verschlossenen Türen geführt. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß keine Mißdeutung Platz gewesen sei, da Wunzel sich in zwei Fällen als Sittenbeamter ausgegeben, die Kollage der Frauenpersonen ausgenutzt und die Sittenbeamten in schlechten Ruf gebracht habe. Wunzel hat durch die Verurteilung sein Stadtverordnetenmandat verloren, das er seit 1 1/2 Jahren inne hatte.

Wunzel war als Vertreter der sogenannten nationalen Arbeiter von den Nationalliberalen zum Parteisekretär und Stadtverordneten gemacht worden.

Schäferkari. Der verflozene „liberale“ Landtagskandidat im 6. Landtagswahlkreis, in dem er mit 9 Stimmen gegen Gen. Linte unterlag, scheint sich nun auf anderen Gebieten Vorarbeiten holen zu wollen. Im Wilsdorf, dem Wirkungskreise des Schäferkari, wie er sich selber unterschreibt, hat sich ein Arbeiterturnverein gegründet, worüber natürlich der Vorsitzende des deutschen Turnvereins, eben der genannte Schäferkari, gebührend erhoht ist. Er verschickte an „sichere Leute“ geheime Briefe, von denen einer in unserem Sittener Parteiblatt zu lesen ist. Er lautet:

gegründet, worüber natürlich der Vorsitzende des deutschen Turnvereins, eben der genannte Schäferkari, gebührend erhoht ist. Er verschickte an „sichere Leute“ geheime Briefe, von denen einer in unserem Sittener Parteiblatt zu lesen ist. Er lautet:

Lieber Freund;

Heute abend punkt 7 1/2 Uhr findet in dem referb. Zimmer des Bahnhofs eine Besprechung statt. Zu derselben ist eingeladen: Dr. Miffelwitz, Stabs. Götzler, Gm. Hübner, vom Schulvorst. E. Augustin, Pfarrer Kentsch, vom Turnverein Seifert, Bierbrach, K. Lorenz, M. Thomas, Grimmer, B. Knoblauch, E. Wietzsch. Ich bitte Dich, stelle Dich pünktlich ein, denn 7 1/2 Uhr fährt mit dem letzten Zuge wieder ab. Die Besprechung ist streng vertraulich.

Warum die neuen Turnratsmitglieder nicht vertreten sind, brauche ich wohl nicht erklären. Ich bitte den Brief zu vernichten und wenn Du nicht kommen kannst, auch Deinem besten Freund nichts erzählen.

In der betreffenden Versammlung hat er dann gehörig losgelassen und Pfarrer, Militärvereine und Gastwirte zum Kampfe gegen den im Arbeiterturnvereine verkörperten Umsturz aufgefordert. — Und so was kandidierte zum Landtag als „liberaler“ Kandidat!

Veränderungen im sächsischen Staatsdienst.

Für den in den Ruhestand tretenden Stellvertreter des Kreis- hauptmanns in Leipzig, Geh. Regierungsrat Dr. Grünler, ist Geh. Regierungsrat Dr. Kyrer bei der Kreisoberamtsverwaltung in Jandau als Nachfolger auszuweisen. Stellvertreter des Kreisoberamts in Jandau wird der Amtshauptmann Dr. Sigmund in Jandau unter Ernennung zum Geh. Regierungsrat. Dessen Nachfolger wird unterm 1. Dezember Amtshauptmann Demmering in Schwarzenberg. Zum Amtshauptmann in Schwarzenberg ist Regierungsrat Dr. Wimmer im Ministerium des Innern auszuweisen. Für ihn tritt am 1. Januar 1911 Regierungsratmann Dr. Wolf bei der Amtshauptmannschaft Chemnitz als Stellvertreter beim Ministerium des Innern ein. Zur Amtshauptmannschaft Chemnitz wird Regierungsrat Schäfer bei der Amtshauptmannschaft Plauen und nach Plauen der Professor Dr. Schelcher in Auerbach unter Ernennung zum Regierungsdirektor ver- setzt werden.

Einführung von Steuerrückständen.

Der Rat der Stadt Glauchau hat feinerzeit einen Beschluß dahingehend gefaßt, daß Steuerrückstände, welche 30 Jahre zurückliegen, ebenfalls noch eingetrieben werden sollten. Gegen diesen Beschluß führten in der letzten Stadtverordnetenversammlung unsere Parteigenossen Beschwerde und betonten, daß dieser Beschluß um so ungerechter sei, als er jumeist alle Weber treffen würde. Es sei dies der Stadt nicht würdig. Es sei sogar der Fall zu verzeichnen, daß ein solcher Weber, der 30 W. Unterstufung erhalten habe, weil er in ärmerlichen Verhältnissen lebe, diese Unterstufung dazu benutzt habe, um diese circa 30 Jahre zurückliegenden Steuerrückstände zu begleichen. Vernünftigerweise schlossen sich die Stadtverordneten unseren beschwerde- führenden Parteigenossen an, und es kam ein Beschluß zustande, dahingehend, den Rat zu ersuchen, daß diesen Zuständen ein Ende gemacht werde.

Man muß sich überhaupt wundern, wie der Rat einer Stadtgemeinde zu einem derartigen Beschluß, der ja doch einzig und allein die ärmere Bevölkerung treffen muß, kommen konnte. Denn nur die Rot und das Glend können diese Steuer- restanten dazu veranlaßt haben, ihre Steuern nicht zu bezahlen. Vorteilhafter für manche Stadtgemeinde würde es sein, wenn der Rat ein aufmerksames Auge auf die — großen Steuer- „Restanten“ werfen wollte.

Wie ein sächsischer Beamter behandelt wird!

Ein langwieriges Verwaltungsstreitverfahren hat dieser Tage vor der Jandauer Kreisoberamtsverwaltung seinen Abschluß gefunden. Es handelt sich hierbei um die Dienstverhältnisse des früheren Kreissekretärs Zimmer gegen die Stadtgemeinde Werdau. Zimmer war vom früheren Bürgermeister Sachs in Werdau Ende Juni 1907 ganz plötzlich ohne Pensionberechtigung entlassen worden und schickte sich diesbezüglich in seinen Rechten als gekündeter sächsischer Beamter benachteiligt. Nach seiner Kündigung hat er sich in den Dienste fürperliche Leiden zugezogen, welche ihn dienstunfähig gemacht haben. Dieser trankte Mann, der jahrelang der Stadt Werdau treue Dienste geleistet hatte, wurde ganz plötzlich mittels nebst seiner zahlreichen Familie sich selbst überlassen. Noch nicht einmal die bei Beamten übliche Fortzahlung des Gehalts während der Krankheit als sogenanntes Wartegeld gewährte man dem Wanne. Da Zimmer nun behauptet, im sächsischen Dienste dienstunfähig geworden zu sein, hätte er nach Maßgabe des § 9 des Staatsdienstgesetzes vom Jahre 1878 ebenfalls Anspruch auf Unter- stufung, die den niedrigsten Pensionssatz nicht übersteigen darf, auf circa 70 M. jährlich.

Zu der Frage der im Dienste erlittenen Gesundheitsbeschädigung hatte Zimmer in einer früheren Verhandlung vor der Jandauer Kreis- hauptmannschaft angeführt, er habe in seiner Eigenschaft als Kreis- sekretär im Winter 1906 Kohlen verteilen und bei dieser Beschäftigung Stundenlang im Schnee stehen müssen. Hierbei habe er sich ein rheu- matisches Leiden zugezogen. Einige Zeit nach dieser Arbeitsleistung soll sein Befinden so schlecht gewesen sein, daß er sich kaum habe aufrecht erhalten können. Ferner habe er im Frühjahr 1906 bei nach- kaltem Wetter Stundenlang auf dem hochgelegenen und zugereichten Werdauer Schuppenplatz bei der Verdemusterung tätig sein und schließlich im Winter 1906 abermals wieder unter denselben Umständen wie im Jahre 1906 Kohlenverteilung vornehmen müssen. Alle diese Ver- arbeiten hätten ihn als Folgeresultat seiner rheumatischen Leiden auch merkwürdig gemacht. Als er sich im März 1907 krank melde, habe er sich von einem Arzt ein Attest ausstellen lassen müssen, da dies angeblich behufs Ermächtigung der Fortzahlung seines Gehalts verlangt worden sei. Die Stadt Werdau habe also vor seiner am 30. Juni 1907 erfolgten Dienstentlassung den Beweis in Händen ge- habt, daß er (Zimmer) im Dienste krank geworden sei.

In zwei Verhandlungen vor der Kreisoberamtsverwaltung Jandau verfuhr man einen Vergleich zwischen der Stadtgemeinde Werdau und dem Kläger dergestalt anzuführen, daß die Stadtgemeinde dem Kläger eine jährliche Unterstufung in Höhe von 720 M. zahlen solle, womit sich der Kläger inderstande erklärte. Der Vertreter der Stadt Werdau, Bürgermeister Rudolph, erklärte jedoch für gänzlich aus- geschlossen. Man einigte sich schließlich in der letzten Ver- handlung vor der Kreisoberamtsverwaltung dahin, die Verhandlung auf vier Wochen auszussetzen, um dem Kläger Gelegenheit zu geben, mit dem Werdauer sächsischen Kollegen die Zahlung zu nehmen beziffert der eventuellen Zurückbringung des Rates des Rates auf Zahlung einer jährlichen Unterstufung von 800 M. mit rückwirkender Kraft ab 1. April 1909, welchen Antrag zu verlesen der Bürgermeister Rudolph ver- sprach.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung zu Werdau kam nun dieser Antrag zur Verhandlung. Vom Vorsitzenden wurde bemerkt, daß der frühere Kreissekretär Zimmer auf den Vergleichsvorschlag, nach welchem die Stadtgemeinde dem Kläger 800 M. jährliche Unterstufung zahlen wollte, nicht eingegangen sei, er vielmehr 720 M. jährliche Unterstufung verlange. Außerdem verlange Herr Zimmer die Rückzahlung auf drei Jahre und die Wiedererstattung der ihm in den Prozessen erwichenen Kosten. Das Stadtverordnetenkollegium lebhaft- schließlich den Antrag des Klägers ab und auch die Kreisoberamts- schaft Jandau hat den Kläger, wie in der Sitzung betont wurde, kostenpflichtig abgewiesen.

Durch diesen Beschluß ist nun der Kläger, der im Dienste der Stadtgemeinde krank und sich gezeichnet hat, auch fernertun der öffentlichen Armenunterstützung verfallen. Das ist um so sonderbarer, als dem früheren Bürgermeister Sachs, der den ganzen Prozeß des früheren Kreissekretärs Zimmer heraufbeschworen hat, anstatt der ihm gesetzlich zugesprochenen Pension von 5130 M. 7200 M. gezahlt wurden.

Generalversammlung des 20. Wahlkreises.

In der am Sonntag im Schützenhaus in Neuhäusen statt- gefundenen Generalversammlung wurde der Kandidat des Kreis- wahlkreises, als Delegierter zum Internationalen Kongress gewählt.

Ueber die Aufgabe der Landesversammlung referierte an Stelle des erkrankten Parteisekretärs Genosse Jungnickel Genosse Landtagsabgeordneter Schmidt. Er führte aus: Der Landtags- wahlkampf hat uns überraschende Siege gebracht. Siege in Kreisen, an die wir niemals gedacht hatten. 25 Mann fast 300 unsere Partei in den Landtag ein. Da haben wir es für unsere Pflicht gehalten, so fest politisch zu arbeiten, wie nur irgend möglich. Wir haben unsere festen Grundzüge als Richtschnur, wenn aber die bürgerlichen Parteien gemeint haben, wir könnten nur nörgeln und kritisieren, so haben sie bei der Landtagsarbeit eine noch größere Ueberraschung erlebt als wir bei den Landtagswahlen. Selbst wollen wir „niederreißen“, aber nur das Beste; gewiß wollen wir „umstürzen“, aber nur das Schlechte und Ungerechte. Unsere Stärke liegt, das haben wir im sächsischen Landtage gezeigt, in der positiven Arbeit, in der aufbauenden Arbeit. (Lebh. Beifall.) Wir haben nicht nur gefordert, daß für soziale Zwecke mehr aufgewandt wird, sondern haben auch angegeben, wo statt dessen im Haushalt des Staates gespart werden könnte. Wir sind bei allen Entscheidungen unserer gefügigen Macht und unserer damit gemachten Verantwortlichkeitsgefühl bemüht gewesen. Wir haben zum ersten Male seit 14 Jahrzehnten im Landtage wieder eine poli- tische Haltung zeigen können, wie sie nicht den engen Klasseninteressen der Parteien, sondern dem Staatswohl entspricht. Unser Einfluß war nicht die Befreiung der gesamten Menschheit aus der Sklaverei des Kapitalismus, und wir haben zu dem Ziele den rechten Weg be- treten. (Lebh. Beifall.) In den Vordergrund wird von jetzt an in der Landespolitik die Schulfrage treten, und auch da werden wir unab- lässig arbeiten für die Bildung und Ausbildung des ganzen Volkes. Die Schulreform wird auch die diesjährige Tagung der Landeskonferenz, beherrschen. Möge die Landeskonferenz in ihrem ganzen Verlaufe neue Siege für die Zukunft vorbereiten. Möge ihr beim Zusammen- tritt die Hand auch von einem neuen großen Siege im Erzgebirge werden.

Zu Delegierten wurden die Genossen Jungnickel-Kannberg und Buch-Seiffen gewählt.

Ueber den Parteitag referierte Genosse Redakteur Hell- mann-Chemnitz. Zur badischen Budgetfrage führte er aus: In 20. Kreise sei jetzt nicht Zeit, zu unterreden, wieviele die badischen Genossen recht oder unrecht hätten. Man müsse nur bedauern, daß sie in die Partei einen Streikstoff getragen hätten, und verlangen, daß die Auseinandersetzungen so begrenzt und so ruhig gehalten werden, daß daraus ein weiterer Schaden nicht erwächst.

Auf den Parteitag nach Magdeburg wurde als Delegierter der Vorsitzende des Kreises, Genosse Schöne, gewählt.

Ueber die bevorstehende Reichstagswahl sprach Genosse Schöne. Er schilderte die bisherigen Erfahrungen im Wahl- kampfe. Es wurde dann beschlossen, wegen der unanständigen Raufsch- weife der Antisemiten im ganzen Wahlkreise deren Versammlungen zu meiden.

Große Bewegung rief es hervor, als Genosse Langer-Dengensfeld mitteilte, daß sich ein Algenzucker, der wegen der Ladestruer seit drei Monaten arbeitslos sei, aus Verzweiflung das Leben ge- nommen habe. Das seien die Folgen der Reichsfinanzreform.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Im Spiegelmaße bei Grünhain wurde der ledige Fabrikarbeiter Wolf erhängt auf- gefunden. Wolf, der als ruhiger, fleißiger Arbeiter geschätzt wird, hat in der letzten Zeit Spuren von Verfolgungswahnsinn gezeigt. Er dürfte den Selbstmord in einem Anfall von Geistesverwirrung ver- urteilt haben. — Der 50jährige Gelegenheitsarbeiter Franz Buch in Oelschütz, B. traf am Sonnabend auf dem Schützenplatze mit seiner von ihm getrennt lebenden Frau zusammen. Da er sie im Verdacht der Untreue hatte, drang er auf die nichtschöne Frau ein und befehlte die mehrere gefährliche Messerschneide in die Schulter und den Rücken. Die schwerverletzte Frau mußte im Krankenhaus aufgenommen werden; Buch wurde verhaftet und in das Gefängnis gebracht. — Der in Leipzig studierende Sohn des Oberbauratens Blumentritt zu Olschütz wollte am Sonntag vormittag mit einem Pferde seines Vaters einen Spazierritt unternehmen. Der Student verlor jedoch die Gewalt über das Tier, das mit ihm durchging und durch mehrere Straßen raste. In der Weidenstraße wurde der Reiter gegen einen Dichtmast geschleudert, so daß er be- wußtlos liegen blieb und ins Krankenhaus gebracht wurde. — Der Steinarbeiter Thomajke ging mit zwei Senzen durch das Hof- tor des Gutsherrnhauses in Wiesa bei Kamenz. Dabei schlug der Wind das Tor zu und die eine Senze drang Thomajke in Kopf und Hals, wodurch der Arbeiter schwerverletzt wurde. — Das 14jährige Kind des Fabrikarbeiters Hädel in Grünhain bei Burgstädt war den Eltern einen Augenblick aus dem Gesicht- kreise entschwunden und hierbei in den hinteren Teil eines vorbeifahrenen Remises gefahren. Das Tier wurde niedergedrückt, überfahren und fand so auf gräßliche Weise seinen sofortigen Tod. — Vom Dache des Schlosses in Dahlen stürzte der Biegelbinder Kapitän ab, er ist seinen Verletzungen erlegen.

Stadt-Chronik.

Aus dem Dresdner Parteilieben.

Die Genossen und Genossinnen des sechsten Wahlkreises (letzten Sonntag den 17. Juli im Sächs. Verein zu Striepen eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab, die sich mit dem Inter- nationalen Kongress zu Kopenhagen und der Landes- versammlung in Leipzig beschäftigte. Zum ersten Punkt referierte der Vorsitzende des Wahlkreises, Genosse Hertzig-Edlau. In der Rund der Tagesordnung des Internationalen Kongresses sprach Redner die einzelnen Punkte derselben. Betreffs der Beziehungen der Partei zu den Genossenschaften gliederte er zunächst die unangeordnete Ver- merkung in der Genossenschaftlichen Rundschau, „hier hätten die Genossenschaften auch noch ein Wort mitzusprechen“. Nach seiner Ansicht sei es die höchste Zeit, daß sich endlich einmal die Partei